

Gegen die Einlagerung von *US-Atombombenmüll* in die Asse

In diesem Jahr sollen 32 Glasbehälter (Kokillen) mit hochradioaktivem Atommüll aus den USA im Salzbergwerk ASSE II für einen Versuchszeitraum von 5 Jahren eingelagert werden. Der Gesamtstrahlenwert dieser Kokillen soll mehrere Millionen Curie betragen, das heißt ein Vielfaches dessen, was jetzt schon an atomaren Müll in der ASSE lagert (125.000 Fässer mit 24 kg Plutonium und 26 kg Uran, Gesamtstrahlungswert 200.000 Curie).

- Warum werden diese Versuche in der ASSE durchgeführt?
- Kann ausgeschlossen werden, daß durch Wassereinbruch oder Abluft Radionuklide an die Oberfläche gelangen?
- Was geschieht nach Ablauf des Versuches mit dem Atommüll?
Wird die ASSE erneut zum atomaren Endlager?
- Wie groß sind die Risiken eines Transportunfalls?

Über diese Fragen informieren

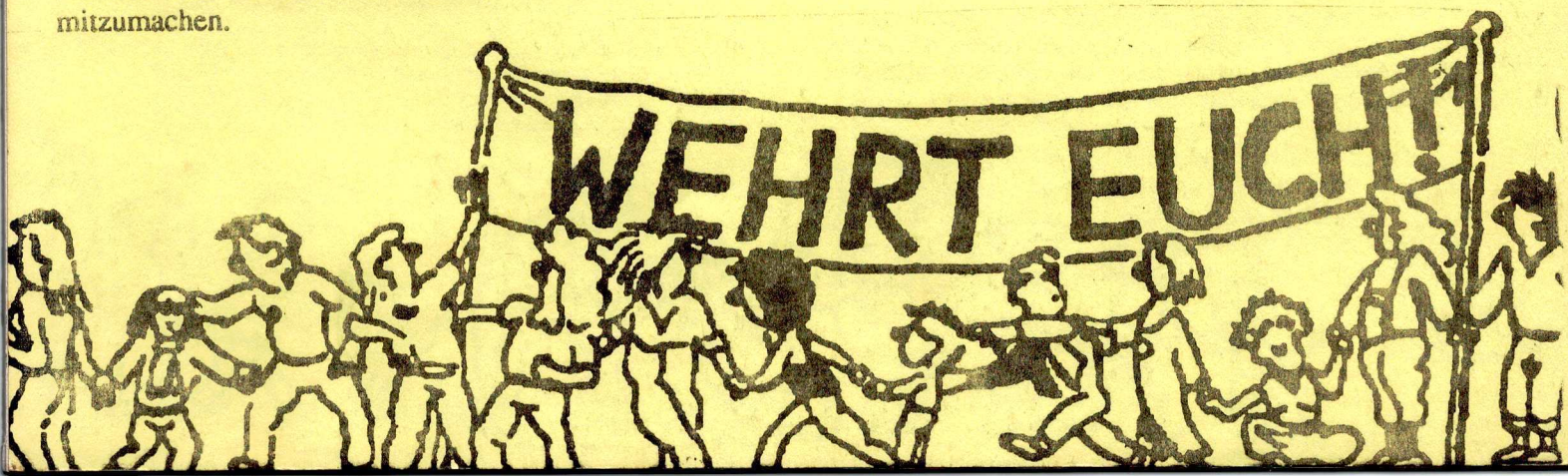
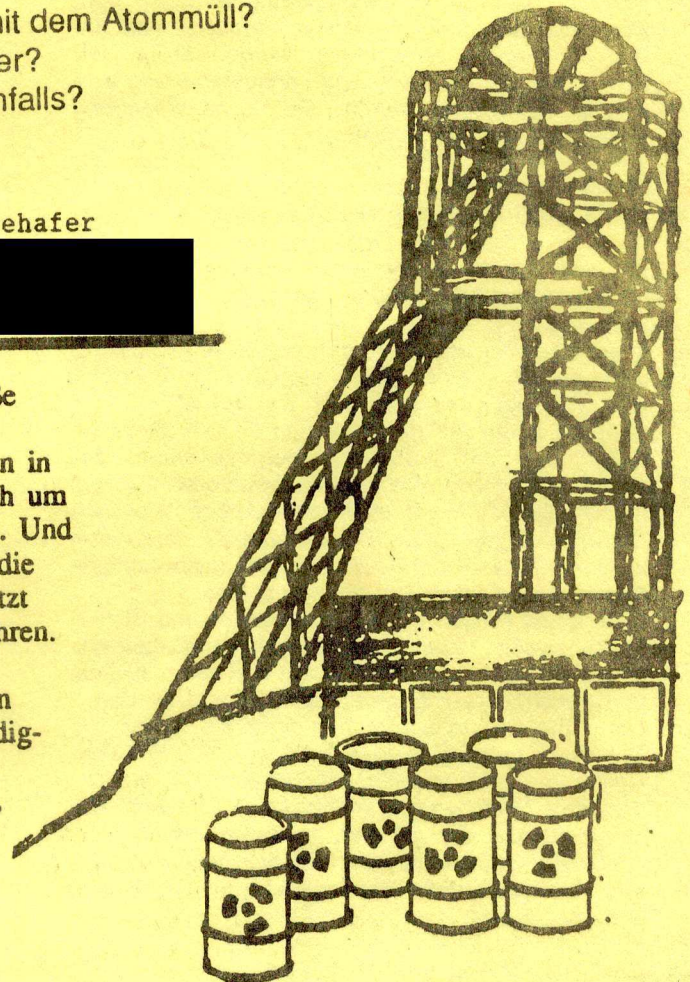
Helga Koslowsky

Seban Seehafer

In die ASSE II wurden in den 70er Jahren illegal große Mengen Atommüll eingelagert. Jetzt sollen für einen "Versuch" Kokillen mit Atommüll, der für 40 Millionen in den USA gekauft wurde und dessen Radioaktivität noch um ein Vielfaches höher ist, in die ASSE gebracht werden. Und noch immer ist die Möglichkeit nicht vom Tisch, daß die ASSE auch zukünftig als Endlager für Atommüll genutzt wird. Jeder dieser Punkte ist Anlaß genug, sich zu wehren.

Wir sind weder von der Sicherheit des schon lagernden Mülls überzeugt, noch von dem Sinn und der Notwendigkeit, US-Atommüll in die ASSE zu importieren. Wir wollen weder die radioaktive Verseuchung der Region, noch wollen wir als Notnagel der Entsorgung oder als Versuchskaninchen für "Entsorgungs"experimente dienen.

Wir beginnen uns zu wehren und laden alle, die sich wie wir betroffen fühlen, ein mitzumachen.



OFFENER BRIEF AN DIE LANDTAGSFRAKTIONEN VON GRÜNEN UND SPD IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG!

BETRIFFT: ATOMMÜLLENDLAGER ASSE II bei WOLFENBÜTTEL

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir, die betroffenen und besorgten Bürgerinnen und Bürger aus dem Atommüllendlagerlandkreis Wolfenbüttel erinnern Sie als zukünftige Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags und als Mitglieder der Regierungskoalition an Ihre hier vor Ort und anderswo abgegebenen WAHLVERSPRECHEN bezüglich ASSE II.

KEINE HOCHAKTIVEN KOKILLEN IN DIE ASSE!

Wir erinnern an die Wahlaussagen zu den geplanten Versuchen mit 30 hochradioaktiven Kokillen aus den USA: Diese Versuche wollten weder SPD noch GRÜNE genehmigen. Wir bitten um Mitteilung, wie sich die zukünftige Landesregierung verhalten wird, wenn die Genehmigung dieser Versuche von der Bundesregierung angewiesen werden sollte. Wir fragen, wie will die zukünftige Landesregierung eine solche Anweisung durch die Bundesregierung verhindern bzw. ihr vorbeugen?

GENERALÜBERPRÜFUNG VON ASSE II

Wir erinnern an die gesamte Situation des Atommüllendlagers ASSE II und fragen Sie:

Wie wollen Sie erreichen, daß dieses Atommüllendlager endlich in einen geordneten Zustand überführt wird, falls das überhaupt noch möglich ist?

Damit meinen wir, daß zunächst endlich sämtliche bisher von der ASSE-Betreibergesellschaft, der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung gsf, erhobenen Daten z.B. aus dem hydrogeologischen Untersuchungsprogramm veröffentlicht und von kritischen und von der Atomindustrie unabhängigen ExpertInnen begutachtet werden sollten.

Die längst fälligen Eignungsnachweise und Sicherheitsanalysen sowie Langzeitsicherheitsbetrachtungen müssen endlich vorgelegt und von kritischen und unabhängigen ExpertInnen überprüft werden. Das Untersuchungsprogramm über die radioaktive Belastung des Salzbergwerks ASSE II und seiner Umgebung muß endlich kritisch überprüft werden daraufhin, welchen gesundheitlichen Gefahren die MitarbeitInnen der gsf und die BewohnerInnen im Landkreis Wolfenbüttel und der anliegenden Kreise und Großstädte wie Braunschweig und Salzgitter ausgesetzt sind.

SANIERUNGSKONZEPTE FÜR ASSE II

Nach einer gründlichen Überprüfung des gesamten Atommüllendlagers einschließlich der genehmigungsrechtlichen Probleme, sollten Sanierungskonzepte erarbeitet werden, um z.B. ein mögliches Absaufen dieses Salzbergwerkes zu verhindern.

Denn wir, die betroffenen BürgerInnen machen uns Sorgen darüber, daß ASSE II genau wie die Nachbarbergwerke ASSE I und ASSE III absäuft bzw. vollläuft und damit die eingelagerten radioaktiven Stoffe bis hin zum hochgiftigen Plutonium 239 und Uran 235, von denen immerhin insgesamt ca 50 kg(!) unter Tage lagern, an die Biosphäre gelangen.

STOP ALLER FORSCHUNGSVORHABEN IN ASSE II

Bis zu diesem Zeitpunkt, nämlich der Vorlage eines umfassenden Sanierungskonzeptes, fordern wir Sie als unsere gewählten VertreterInnen auf: Stoppen Sie sämtliche Forschungsvorhaben in der Asse! Wir hoffen, daß es noch nicht zu spät für ein derart verantwortungsbewußtes Handeln ist und daß ein Wassereintrich mit den Folgen der Verseuchung der Biosphäre nicht eintritt, bevor das gesamte Bergwerk saniert ist.

Wir hoffen, daß das völlig unkritische, leichtsinnige und einseitig wissenschaftsgläubige Verhalten Ihrer VorgängerInnen von CDU und FDP keine für uns alle negativen Folgen haben wird.

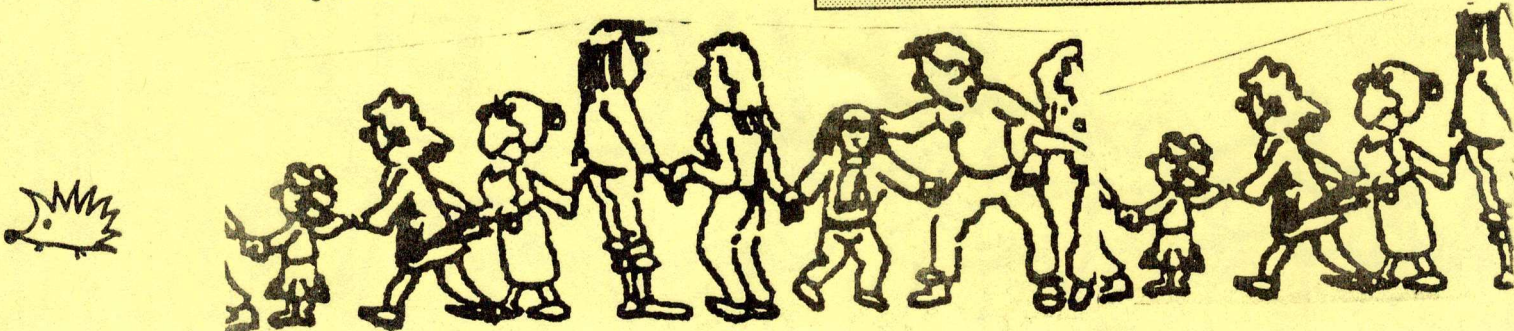
Wir erwarten Ihre Antwort in großer Sorge und in der Hoffnung, daß Sie in der Lage und Willens sind, dieses Atommüllendlager in einen geordneten und möglichst sicheren Zustand zu bringen. Wir bieten Ihnen dazu unsere Mitarbeit an und versichern Ihnen, daß wir bis zu diesem Zeitpunkt keine Ruhe geben werden.

Mit besorgten Grüßen

[REDACTED]
im Auftrag Helga Koslowsky, Erkerode, den 24.5.1990

ANTWORT auf diese Forderungen kam bisher nur von der Landtagsfraktion der GRÜNEN, die uns den Text der Koalitionsvereinbarungen schickte. Darin wird das Atommüllendlager Asse 2 zur ALTLAST erklärt. Das bedeutet, daß eine Gefährdungsabschätzung vorgenommen werden muß, womit der erste Teil der Forderungen der BürgerInneninitiativen nach einer Generalüberprüfung erfüllt werden könnte. Die Antwort auf die Forderung nach dem Stop sämtlicher Forschungsvorhaben in Asse 2 steht noch aus.

Letzter Informationsstand ist z.Z. (8/90), daß laut Auskunft des wissenschaftlichen Dienstes der Bundesregierung auf eine Anfrage der GRÜNEN Bundestagsfraktion, die Genehmigungsbehörde (bei den HAW-Versuchen ein Ministerium der niedersächsischen Landesregierung) selbst über die Öffentlichkeit des Genehmigungsverfahrens entscheiden kann. Damit könnten die Versuche auf die lange Bank geschoben und sich zu gegebener Zeit auch für die daran Interessierten als nicht mehr interessant erweisen.



Asse II - das westdeutsche AtommüllENDLAGER

VOM SALZBERGWERK ZUM ENDLAGER FÜR ATOMMÜLL

Die Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel in Niedersachsen wurde zum Zweck des Salzabbaus 1906 angelegt. Damals war eine spätere Einlagerung von Atommüll natürlich noch gar nicht vorstellbar, wichtige Kriterien für den Bau von Atommüllendlagern wie z.B. Standsicherheit oder die Nähe zu wasserführenden Schichten spielten also keine Rolle bei der Anlage dieses Salzbergwerks. Von 1908-1925 wurde in Asse II Kalisalz (Carnallit) und von 1916-1963 Steinsalz gefördert. Die Kaliabbau wurde verfüllt und durch den Steinsalzabbau entstanden über 100 Abbaukammern auf 15 Sohlen zwischen 490 und 800 m Tiefe. Jede Kammer ist 60 m lang, 40 m breit und 15 m hoch und hat ein Volumen von 36000 cbm. Das Hohlraumvolumen dieses Salzbergwerks beträgt ca. 3,5 Mio cbm.

Bereits 1906 ersoff das ca. 1,4 km westlich gelegene Kalibergwerk Asse I. 1923 lief der ca. 3 km östlich gelegene Schacht Asse III nach seiner Stilllegung von oben her voll Wasser. (Nach E.A. Albrecht: Die Tiellagerung radioaktiver Abfälle in Salzformationen der Bundesrepublik Deutschland, ca. 1979, S.18).

1965 erwarb die *gsf* (Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) im Auftrag der Bundesregierung dieses Salzbergwerk, um hier Versuche zur Endlagerung von Atommüll durchzuführen. Der Begriff "Versuchsendlagerung" wurde geprägt und die beunruhigte Bevölkerung glaubte, alles was in Asse II nun versuchsweise endgelagert wurde, sei selbstverständlich rückholbar!

Radioaktiver Müll von Transnuklear, Nukem, Bundeswehr etc in die Asse!

Die *gsf* versprach nach dem Kauf, das Salzbergwerk Asse II 5 Jahre lang gründlich auf seine Eignung für die versuchsweise Einlagerung für Atommüll hin zu untersuchen. Dieses Versprechen wurde bereits 1967 unterlaufen: Die *gsf* begann mit der ersten Einlagerung der Fässer mit schwachradioaktivem Atommüll auf der 750 m Sohle. Die versprochenen Eignungsnachweise waren natürlich nicht erstellt, sie wurden auch bis heute noch nicht angefertigt.

Von April 1967 bis Ende 1978 wurden insgesamt ca. 125000 Gebinde mit schwachaktivem Abfall eingelagert. Dabei handelte es sich um radioaktiven Müll von Firmen wie Buchler/Braunschweig, Hoechst, AEG, der Bundeswehr, von allen westdeutschen Atomkraftwerken und auch von den späteren Skandalfirmen Transnuklear und Nukem. Allein die Bundeswehr lagerte von 1975 bis 1978 236 Behälter mit schwachaktiven Abfällen in die Asse ein, Transnuklear 6578 und Nukem 1264 Behälter

*(Quelle: Stellungnahme der Sachverständigen zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschlußdruck-sache 11/5 vom 5.4.1988)

URAN und PLUTONIUM

Mit Beginn eines 2. Einlagerungsabschnittes im September 1967 durften die schwachaktiven Abfälle auch bis zu 15 g Kernbrennstoffe, d.h. Uran 235 und Plutonium, pro Gebinde enthalten.

Genehmigungen wurden in der Zeit nur vom Bergamt, nach §3 Strahlenschutzverordnung von der PTB erteilt.

Mittelaktiver Atommüll

Von September 1972 bis 1977 wurden 1300 Rollreifenfässer mit mittelaktiven Abfällen auf der 511 m Sohle eingelagert. Sie enthielten ebenfalls Beimengungen von Uran und Plutonium.

Insgesamt lagern heute in Asse II also ca. 126000 Gebinde mit schwach- und mittelaktiven Abfällen, d.h. für jede Einwohnerin, jeden Einwohner des Landkreises Wolfenbüttel 1 Atommüllfaß. Und insgesamt lagern hier auch ca. 24 kg Plutonium und ca. 26 kg Uran 235, verteilt auf ca. 14 300 Abfallgebäude, die heutzutage größtenteils nicht mehr zugänglich und auch nicht besonders gekennzeichnet sind. Das Gesamtnuklidinventar beträgt ca. 200 000 Curie (1 Curie = 37 Milliarden Becquerel).

Atommüll wurde eingepökelt

4 Einlagerungstechniken wurden ausprobiert:

- *senkrecht übereinanderstellen der Fässer in Viererreihen und mit Kontrollgängen dazwischen;
- *horizontales Stapeln in bis zu 13 Lagen übereinander;
- *horizontales Stapeln in 6-8 Lagen übereinander erwiesen sich als zu zeitaufwendig und für das Personal zu strahlenbelastend, so daß ab 1974
- *die Kammern von oben nach unten durch ABKIPPEN der Fässer aus einem Schaufelfahrlader über eine Salzböschung verfüllt und mit losem Salz zugeschüttet wurden: das EINPÖKELVERFAHREN (Quelle: E. Albrecht, S.19ff). Mittelaktive Abfälle durften aufgrund der hohen Dosisleistungen an der Faßoberfläche (10 hoch 4 Curie/200 l Faß) nicht in beggbaren Kammern gelagert werden und benötigten eine zusätzliche Abschirmung. Sie wurden über spezielle Abschirmbehälter von der 490 m Sohle aus mit einem Kran durch ein Transportbohrloch in die auf der 511 m Sohle liegende "hermetisch abgeschlossene Einlagerungskammer" abgelassen.

Nachdem die 4. Novelle zum Atomgesetz 1976 für die Endlagerung von Atom Müll ein Planfeststellungsverfahren mit Sicherheitsbericht und Öffentlichkeitsbeteiligung vorschrieb, wurde die sogenannte Versuchsendlagerung 1978 abgebrochen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren also praktisch alle in der BRD und ev. sogar im Ausland anfallenden schwach- und mittelaktiven Abfälle in die Asse eingelagert worden.

Kontrollen der Abfallgebinde

Kontrollen bestanden aus Wischtests und Dosismessungen an der Oberfläche der Gebinde, geöffnet wurden die Fässer nicht. Plutonium kann z.B. auf diese Art und Weise nicht nachgewiesen werden!

Zwischenfall mit "radioaktiver Suppe"

1972 kamen an einem Regentag die Fässer naß an, so daß man oben auf dem Schachtgelände noch keinen Wischtest durchführte, da man annahm, daß die Fässer vom Regen naß waren. Der Wischtest wurde also unten auf der 750m Sohle durchgeführt und dabei stellte man fest, daß zumindest 1 Faß kontaminiert war. Bei der weiteren Überprüfung stellte sich heraus, daß der Beton in den Fässern noch nicht richtig abgebunden hatte und während des Transportes rausschwappte. So waren nicht nur Fässer von außen kontaminiert, sondern auch die Schaufel vom Schaufellader. Und weil diese Schaufel auch noch ein Loch hatte wurden ca. 100 m Salzstrecke auf der 750 m Sohle kontaminiert. Nach Aussagen des ehemaligen Leiters des Asseschachtes, Herrn E. Albrecht, wurde dann aber alles was kontaminiert war ordnungsgemäß entkontaminiert bzw. in Fässer gepackt und in der Asse endgelagert. Der ganze Vorfall wurde im Jahresbericht von 1972 bis zur Unkenntlichkeit entstellt in einer Zeile erwähnt. Nachfragen bei den jetzigen Betriebsleitern der Asse ergaben nur die Leugnung dieses Vorfalles.

Einwände zur Standsicherheit bis heute nicht widerlegt!

Auf Einwände z.B. zur Standsicherheit des Grubengebäudes, zur Möglichkeit von Wassereinbrüchen und zum Austritt radioaktiv belasteter Wässer wurde bisher von Seiten der *gsf* und der Bundesregierung (BMFT) nicht wissenschaftlich qualifiziert eingegangen. Unterschiedliche und z.T. widersprüchliche Aussagen wurden bisher von den Betreibern vor allem zur Standsicherheit gemacht: Während zu Beginn der Einlagerungen mit einer Standsicherheit des Grubengebäudes von 50-100 Jahren gerechnet wurde (was also ein mögliches Absaufen oder Einstürzen ab 1958 bedeutet hätte) sprach das BMFT 1982 davon, daß in den nächsten 10 Jahren (ab 1979) nicht mit einem Zusammenbruch des Salzbergwerks zu rechnen sei. 10 Jahre sind um, das Grubengebäude steht immer noch, die Frage ist nur wie lange noch?

Asse II eine Altlast AM RANDE DER LEGALITÄT

Damit ist Asse II ein Atom müllendlager, das wie viele 1000 andere Altlasten besteht, ohne daß heute gesetzlich vorgeschriebene Nachweise zur Eignung, zur Standsicherheit, zur Langzeitsicherheit zur Umweltbelastung etc vorliegen - geschweige denn, daß die bisher erhobenen Daten und Berechnungen einem fachwissenschaftlich kompetenten und kritischen Gremium zur Überprüfung und Stellungnahme vorgestellt wurden. Bis heute hält die *gsf* auch z.B. die Anfertigung eines Sicherheitsberichtes nicht für erforderlich, weil für die Asse immer noch die alten Gesetze gelten, nach denen Atom müllendlager noch ohne Öffentlichkeitsbeteiligung, ohne Eignungsnachweise usw. eingerichtet werden konnten.

Radioaktive Belastung der Umgebung von Asse II VERGLEICHBAR MIT DER BELASTUNG DURCH ATOMKRAFTWERKE!

Die Dosisbelastung durch die Abluft der Schachtanlage Asse II liegt wegen der geringen Emissionshöhe IN DER GLEICHEN GRÖßENORDNUNG WIE IN DER UMGEBUNG VON KERNKRAFTWERKEN UND ANDEREN KERntechnischen Anlagen (Quelle: R. Stippler, *gsf*, Freisetzung von radioaktiven Stoffen aus schwach - und mittelradioaktiven Abfällen bei der Einlagerung im Salzbergwerk Asse; In: Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Entsorgung von radioaktiven Sonderabfällen-Ergebnisse eines Strategiesgesprächs im BMFT am 23./24.8.1983, S. 21).

TRITIUM-und RADONKONZENTRATIONEN IM SCHACHT DEUTLICH HÖHER ALS ÜBER TAGE

In der gleichen Quelle wie oben, S.23 kommt Dr. Stippler zu dem Ergebnis, daß "obwohl die Konzentration an Tritium in den Abfällen begrenzt wurde und für radium- und thoriumhaltige Abfälle besondere Verpackungsvorschriften eingeführt wurden, LIEGEN DIE AKTIVITÄTSKONZENTRATIONEN VON TRITIUM UND RADON IN DEN GRUBENWETTERN DEUTLICH HÖHER ALS ÜBER TAGE.

Entsorgungskonzept der Bundesregierung

Neben Schacht Konrad bei Salzgitter und neben Gorleben ist auch die Asse als weiteres potentiell Atom müllendlager weiterhin im Gespräch. Nach der Wiedervereinigung kommt als weiteres und augenscheinlich am einfachsten zu benutzendes Endlager auch das Salzbergwerk und jetzige Atom müllendlager mit internationaler Genehmigung bei Morsleben auf DDR-Gebiet direkt gegenüber von Helmstedt in Betracht.

Forschungsprojekte in Asse II

In-Situ-Versuche

Es handelt sich hierbei um seit 1977 durchgeführte Versuche zur Endlagerung hochtoxischer und radioaktiver Abfälle in Kavernen. Diese Versuche wurden 1988 abgeschlossen. Dabei verarbeitete die *gsf* nicht radioaktive Abfallsimulate zu Granulat und verbrachte dieses aus einem Silo übertage zusammen mit Zement und Flüssigkeit (später sollen dazu tritiumhaltige Wässer aus der Wiederaufarbeitung genommen werden) durch eine Förderrohrleitung in eine ca. 1000 m unter Null liegende Kaverne. Dort härtete das Gemisch zu einem "monolithischen Block" aus. Für die *gsf* ist dieser Versuch geglückt und zeichnet sich durch eine "hohe Wirtschaftlichkeit" aus. Die *gsf* verspricht sich durch Einlagerungen dieser Art eine erhöhte Standfestigkeit der Grube, da Hohlräume mit dem Kavernenaushub verfüllt werden.

Versuche mit Kobalt 60-Quellen

Vom Herbst 83 bis zum Herbst 1985 wurde an 4 Versuchsorten durch die gleichzeitige Verwendung von elektrischen Erhitzern und Kobalt-60-Quellen versucht, hochradioaktiven Abfall in vertikalen Bohrlöchern zu simulieren. Das umgebende Salz färbte sich danach blauschwarz. Mit diesem Versuch sollten die Einlagerungsbedingungen im zukünftigen Gorleben Endlager simuliert werden. KritikerINNEN stellen fest, daß dieser Versuch mit realistischen Einlagerungsbedingungen wenig zu tun hat.

Mittelaktiver Müll in Bohrlöchern

Hier sollen geeignete Methoden für die Endlagerung von mittlerradioaktiven Abfällen (MAW) der oberen Aktivitätskategorie in Bohrlöchern in Salz entwickelt und erprobt werden. Dazu gehören Feedklärschlämme, Brennelementhülsen, Strukturteile und HTR-Brennelemente. Es werden dabei echte Abfallgebäude aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe und aus dem Jülicher AVR-Reaktor eingelagert und nach Versuchsende zurückgeholt. Diese Versuche sollen frühestens Anfang 1990 erfolgen.

Hochaktive Kokillen aus den USA (HAW-VERSUCHSEINLAGERUNGEN)

Diese wohl noch in diesem Jahr anstehenden Versuche stehen z.Z. im Mittelpunkt weltweiten Interesses. 1984 wurde der Vertrag zum Ankauf von 32 hochradioaktiven Glaskokillen zwischen dem BMFT und dem amerikanischen Energieministerium geschlossen. Hergestellt wurden die mit Caesium 137 und Strontium 90 sowie Uran und Plutonium verschmolzenen Borosilikatkokillen in der US-Atombombenfabrik Hanford im Bundesstaat Washington. Verpackt in Stahlbehälter geben sie eine Gamma-Strahlung ab, die doppelt so hoch ist wie bei abgebrannten Brennelementen (^{207}KCi Cs137 und ^{143}KCi Sr90), auch die Zerfallswärme ist etwa doppelt so hoch wie bei abgebrannten Brennelementen. Jede einzelne Glaskokille enthält ein Nuklidinventar von ca. 200 000 Ci - das ist die gleiche

Strahlungsintensität wie die von allen bereits eingelagerten 126 000 Fässern zusammen!

Ziel der HAW-Versuche

Nachgewiesen werden soll die Endlagerfähigkeit von Salz für hochaktive und stark wärmeentwickelnde Abfälle. Es sollen Erkenntnisse über die Auswirkungen der Wärmeentwicklung sowie der ionisierenden Strahlung auf das umgebende Steinsalz gewonnen und auf das zukünftige Endlager Gorleben übertragen werden.

Geplanter Zeitablauf der HAW-Versuche

Der Zeitplan wurde zwischenzeitlich u.a. wegen noch ausstehender Genehmigungen immer wieder hinausgeschoben. Letzter Stand ist, daß die Kokillen ab Sommer 1990 (*gsf* und BMFT) bzw. ab Januar 1991 (Department of Energy, Washington USA) in 3 aufeinanderfolgenden Transporten in die Asse gebracht und dort eingelagert werden sollen. 5 Jahre lang sollen die Kokillen in der Asse lagern, dann sollen sie aus den Bohrlöchern entfernt und hier bei uns bzw. im Ausland endgelagert werden. Zunächst steht noch Gorleben als "letzte Ruhestätte" zur Debatte, falls Gorleben bis dahin noch nicht als Endlager für hochaktiven Atom Müll genehmigt ist, sollen die HAW-Kokillen in der oberirdischen Transportbehälterhalle zwischengelagert werden. Allerneuesten Informationen zufolge werden für die Kokillen jetzt Zwischenlagerstandorte auch im AUSLAND gesucht. So ist z.Z. Frankreich mit La Hague im Gespräch (*gsf* Anfang Mai).

Vorzeitiger Versuchsabbruch

Im Falle eines vorzeitigen Versuchsabbruchs z.B. wegen Wassereinbruchs oder Verformung der Bohrlochverrohrung sollen die Kokillen zurückgeholt an einem Ort in Frankreich, wahrscheinlich in La Hague zwischengelagert werden.

Transporte und Verpackung

Die 32 Glaskokillen sind in Edelstahlbehälter mit einer Wandstärke von 8 mm verpackt. Jede Kokille enthält ca. 60 l Glas und hat eine Höhe von ca. 1 m und einen Durchmesser von ca. 30 cm. Für den Transport werden die Stahlbehälter in Spezialbehälter Castor GSN 12 zu je 6 Kokillen gepackt und für die Verschiffung in Abschirmbehälter (ISO-Beförderungsbehälter). In der Bundesrepublik werden die Kokillen über Hamburg nach Karlsruhe gefahren, dort in andere Behälter Castor *gsf* 5 zu je 5 Kokillen gepackt. Diese Behälter sind in den USA nicht zugelassen, während der Castor GSN 12 wiederum zu groß für das Tor zur Umladehalle auf Asse II ist. Von Karlsruhe soll es dann über Schiene zur Asse gehen. Dort werden die Kokillen noch einmal umgeladen in die Sonderanfertigung Asse TB 1, einen extra für diese HAW-Versuche entwickelten

Abschirmbehälter mit Neutronenabschirmung, der auch in den Asse -Förderkorb paßt. In Asse TB 1 werden dann die Kokillen einzeln zu den Bohrlöchern auf der 800 m-Sohle gebracht und dort über einen Schieber in das Bohrloch abgelassen.

Transport über Portland nur mit Alarmübungen der Bevölkerung!

Wie Lilo Wollny und ihr wissenschaftlicher Mitarbeiter Heinz Laing von der GRÜNEN Bundestagsfraktion auf ihrer Februarreise in das HAW-Gebiet feststellten, macht der im Bundesstaat Oregon extra für den HAW-Kokillen-Transport angefertigte Sicherheitsbericht eine INFORMATION DER BEVÖLKERUNG AN DER GESAMTEN TRANSPORTSTRECKE zur Auflage und schreibt darüberhinaus auch noch KATASTROPHENSCHUTZÜBUNGEN der Bevölkerung vor!!

Als zweiter Hafen ist Seattle/Washington in der Erprobung. Hier gibt es Probleme mit der Hafenarbeitergewerkschaft, die kürzlich auf ihrer Westkonferenz beschloss, daß die HAW-Kokillen von keinem Westhafen der Staaten von ihren Mitgliedern verladen werden sollen. Jetzt wird dort nach Freiwilligen Schauerleuten gesucht.

Aber nicht nur die Hafenarbeiter protestieren gegen die Transporte, auch der Stadtrat von Seattle sprach sich einstimmig gegen die Verschiffung der HAW-Kokillen im Hafen von Seattle aus!

Transporte durch die Bundesrepublik

In der BRD sind bisher keine besonderen Maßnahmen zur Absicherung der Transporte vorgesehen, da die Behälter den vorgeschriebenen Sicherheitsauflagen entsprechen. "Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist der Absender oder die Transportfirma für die Sicherung der Transporte abgebrannter Brennelemente verantwortlich. Die Abwicklung der Transporte richtet sich nach den Vorschriften der Verkehrsgesetze für den Transport gefährlicher Güter, des Atomgesetzes sowie der Strahlenschutzverordnung und unterliegt der staatlichen Aufsicht. Jeder einzelne Transport ist spätestens 24 Stunden vor Abgang der PTB und den vom Transport berührten Bundesländern zu melden. DIE BEHÖRDEN DER BUNDESLÄNDER SIND DAMIT IN DER LAGE, DIE EINHALTUNG VON TRANSPORTVORSCHRIFTEN ZU KONTROLLIEREN." (Quelle: Der Oberkreisdirektor des Landkreises Wolfenbüttel mit Schreiben vom 13.11.89 -Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN.) Aus diesen Zeilen geht hervor, daß in der BRD zusätzliche Maßnahmen zur Absicherung der Transporte ebenso wenig vorgesehen sind, wie zusätzliche Katastrophenschutzmaßnahmen. Die gesetzlichen Vorschriften sehen auch keine Information der Landkreise über anstehende Transporte vor. So sind bei derartigen Transporten die zuständigen Katastrophenschutz-einrichtungen wie Polizei, Feuerwehr, THW auch nicht informiert und einsatzbereit-abgesehen davon, daß sie sowieso nicht für den Umgang mit Unfällen dieser Art ausgerüstet und ausgebildet sind. Nach den neuesten Informationen der GRÜNEN durch den Oberkreisdirektor am 28.2.90 besteht für den Landkreis Wolfenbüttel für den Katastrophenschutz und

die Gefahrenabwehr bei kerntechnischen Unfällen ein SONDERPLAN, der auch bei Transporten im Gebiet des Landkreises gilt. Ein Katastrophenschutzplan speziell für den Transport der 32 Glaskokillen ist bisher nicht entwickelt worden.

In den USA dagegen wird ein Environmental ASSESSMENT, d.h. eine UMWELTVERTRÄGLICHKEITS-PRÜFUNG durchgeführt, also eine Prüfung der Belastung und Gefährdung von Menschen und Umwelt durch mögliche Transportunfälle sowie zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen. Für diesen Bericht laufen z.Z. noch Fragen der Energiebehörde (DOE) zu den in den Staaten verwendeten Transportbehältern.

Transporte über die Straße in Begleitung von Bundesgrenzschutz

Im November 1988 wurden aus Remlingen, dem Dorf am Asseendlager, Schwertransporte mit blauen Abschirmbehältern in Begleitung von gepanzerten Bundesgrenzschutzwagen, Hubschrauber, Krankenwagen beobachtet. Eine Erprobung des Ernstfalls HAW-Transporte?

Castor-Behälter dürfen nicht aus Höhen über 9m runterfallen!

Weiterhin wird von KritikerINNEN und unabhängigen ExpertINNEN bemängelt, daß es für die für den Transport vorgesehenen Behälter vom Typ Castor-gsf-5 keine Risikoabschätzung, etwa im Rahmen des Projekts Sicherheitsstudienentsorgung gibt. Greenpeace stellte bereits Anfang 1988 angesichts der Transportskandale mit Nukem, Alkem, Transnuklear u.a. fest, daß die Transportbehälter nicht auf reale Bedingungen im Straßenverkehr hin getestet wurden (Greenpeace Nachrichten 1/88 S.12ff). So sind die Castor-Behälter z.B. nur überprüft in Fallversuchen aus 9 m Höhe; in Feuer-tests bei 800 Grad C über eine halbe Stunde und in einem Beschußtest mit einem Flugkörper von ca. 1 Tonne bei nahezu Schallgeschwindigkeit. Autobahn- und Eisenbahnbrücken sind aber wesentlich höher, Brände von bis zu vierstündiger Dauer und höheren Temperaturen als 800 Grad C hat es in der BRD mit der Bundesbahn bei Unfällen bereits gegeben. Dazu kommt, daß die Behältertests nur mit fabrikneuen Behältern durchgeführt werden und somit die Versprödung durch die radioaktive Strahlung nicht mit einkalkuliert wird (Quelle: Atommülltransporte-Neckarwestheim 1989, Hrsg.: Aktion Strom ohne Atom, Tübingen).

TRANSPORTGENEHMIGUNGEN NOCH NICHT BEANTRAGT laut Auskunft BMFT 1/90

Kosten

40 Millionen DM kosten die Glaskokillen, davon zahlen die USA 7,7 Mio, die Niederlande 10,8 Mio DM. Für die Vorbereitung der versuchsweisen Einlagerungen wurden bisher 133 Millionen DM ausgegeben.

USA nicht mehr an HAW-V Versuchsergebnissen interessiert

Die USA sind laut Meldung des Seattle-Post-Intelligencer vom 5.10.89 nicht mehr an den Forschungsergebnissen der HAW-Einlagerungen in die Asse interessiert, können aber jetzt nicht mehr aus den Verträgen aussteigen (Aussage des Hauptmanagers des Hanford-Labors, das die 32 hochaktiven Kokillen herstellte).

Kritik an den HAW-Versuchen

Prof. Grimmel (Schreiben vom 15.12.89):

"Die geplanten Versuche sind so konzipiert, daß die gravierenden Schwächen von Salz als Endlagermedium nicht auffallen können:

Denn die Kokillen werden in geschlossenen Stahlrohren stationär gehalten, so daß die bei hohem Wärmeeintrag negativ zu bewertende Druckplastizität des Salzes nicht zur Wirkung kommt. Das gleiche gilt für die Thermomigration von Kristallwasser und Laugenblasen im Salz, die Radiolyse des Salzes sowie die Korrosion bzw. Auflösung des Stahls und des Borosilikatglases unter dem Einfluß heißer Laugen etc. Außerdem ist eine fünfjährige Versuchsdauer viel zu kurz, als daß sie endlagerrealistische Ergebnisse liefern kann. Die Versuche sollen offenbar eine Sicherheit vortäuschen, die in einem großen Endlager im Salz nicht existieren würde."

Diplom Geologe Dr. Detlef Appel, Hannover:

Keine Glaskokillen vom Format Wackersdorf

Das aus Hanford/USA bestellte hochradioaktive Material wurde exakt auf das Material zugeschnitten, das später einmal aus Wackersdorf zu erwarten gewesen wäre. Da Wackersdorf inzwischen zur Solarzellenfabrik umfunktioniert wurde, wird es auch kein hochaktives Material vom Format Wackersdorf geben. Die Verwendung dieser Glaskokillen ist daher nicht sinnvoll.

Andere Mengen und andere Temperaturen in Gorleben

Hinsichtlich der Mengen des hochaktiven Materials und hinsichtlich der Temperaturen besteht keine Übertragbarkeit der Versuchsergebnisse auf ein späteres Endlager in Gorleben.

Gefahr des Radionuklidaustritts in die Biosphäre

Aufgrund der Nähe der Einlagerungskammern in der Asse zu potentiell wasserführenden Schichten muß bei einem Störfall mit einem Austritt von Radionukliden in die Biosphäre gerechnet werden.

Konvergenz und Wassereinbrüche

Grundsätzlich besteht im Salzbergwerk Asse II ein Problem wegen der KONVERGENZ-Eigenschaft des

Salzes: Die hohlen Abbaukammern werden zusammengedrückt, das kann zu Verwerfungen im Deckgebirge führen und aufgrund der Nähe zu wasserführenden Schichten Wassereinbrüche nach sich ziehen, die in die verbleibenden Hohlräume gelangen, dort in Kontakt mit den eingelagerten Radionukliden kommen und dann durch den Druck des Deckgebirges auf die Hohlräume nach oben an die Biosphäre gepreßt werden.

STANDFESTIGKEIT AUF DAUER NICHT GEWÄHRLEISTET

In den Jahren 1983 bis 1987 wurde die unter der Kammer mit MAW-Abfällen liegende Kammer (MAW=mittelradioaktive A.) verfüllt, "weil gebirgsmechanische Berechnungen zeigten, daß die Standfestigkeit auf Dauer ohne Verfüllung nicht als gegeben angenommen werden konnte." (Quelle: Antwort des BUMI auf eine Anfrage der GRÜNEN, Drucksache 11/2842)

Weitere Gründe gegen die Durchführung der HAW-Versuche:

*Genehmigungspraxis

Die Bundesregierung versucht, die Versuche ohne Beteiligung der Öffentlichkeit zu genehmigen: Dazu wurde bei der Novellierung des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung im November 1989 extra ein "Lex Asse" konstruiert-eine Ausnahme-genehmigung für Versuchsweise Einlagerungen bezüglich des maximalen Gehalts an Kernbrennstoffen erteilt. Außerdem werden die Abfälle zum Wirtschaftsgut deklariert, um internationale Kontrollen auszuschalten, die ansonsten bei Abfällen aus militärischer Nutzung vorgeschrieben sind. Nach den neuesten Informationen der GRÜNEN durch den Oberkreisdirektor vom 12.3.90 ist in Kürze mit der Genehmigung der HAW-Versuchseinlagerungen zu rechnen: die Genehmigung wird vom Bundesamt für Strahlenschutz nach § 9 Atomgesetz durch den Herrn Minister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie des Landes Niedersachsen erteilt. DIESE GENEHMIGUNG BEINHÄLTET KEINE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT, wie sie immer wieder durch Bürgerinitiativen und die Bevölkerung gefordert wurde. Mit der Erteilung der Genehmigung nach § 9 Atomgesetz gibt das Bundesamt für Strahlenschutz aber zu, daß der ANTEIL AN KERNBRENNSTOFFEN in den Kokillen so hoch ist, daß die Strahlenschutzverordnung nicht mehr für eine Genehmigung der Versuche ausreicht. (S. dazu auch Anhang an den OFFENEN BRIEF der AAA an die neue niedersächsische Regierungskoalition von GRÜNEN und SPD).

*In anderen Staaten wurde die Endlagerung von hochaktiven Abfällen in Salz eingestellt.

*LAUGENVORKOMMEN in der Asse mit bisher ungeklärter bzw. nicht nachgewiesener Herkunft. Das letzte durch einen Tip aus Insiderkreisen bekanntgewordene Laugenvorkommen befindet sich

auf der 550 m Sohle, also nur ca. 40 m unterhalb der Einlagerungskammer mit den mittelaktiven Abfällen. In den USA wurde 1988 im Oktober die Inbetriebnahme eines Atommüllendlagers in einem Salzstock bei Carlsbad/New Mexiko aufgegeben. Mehrere WissenschaftlerINNEN stellten die Langzeitsicherheit infrage, aufgrund von lange erfolgreich geheimgehaltenen Informationen über die Existenz eines größeren Laugenspeichers, der ca. 300 m direkt unter dem zukünftigen Endlager liegt. Jetzt muß nachgewiesen werden, daß die Existenz dieses Laugenspeichers die Langzeitstabilität des Endlagers nicht gefährdet (Quelle: Prof. Grimmel in der Frankfurter Rundschau vom 31.1.90). Einen Nachweis, daß in der Asse befindliche Laugenvorkommen die Langzeitsicherheit und die Standsicherheit des Grubengebäudes nicht gefährden, hat die *gsf* bisher nicht vorgelegt. Ebenso fehlt der Nachweis, daß es sich bei den als Laugenvorkommen bezeichneten Wässern tatsächlich um "Urlauge" handelt und nicht um "Frischwasser", z.B. aus Verbindungen zu Grundwasserschichten. Die seit Jahren von den GRÜNEN und ihren BeraterINNEN geforderten Analysen der bisher registrierten und bekanntgewordenen Laugenvorkommen blieb die *gsf* bis heute schuldig. Das letzte Laugenvorkommen lief von August 1988 bis Herbst 1989 aus und hatte nach Angaben der *gsf* ein Volumen von 58 cbm. Ein weiteres Laugenvorkommen befindet sich auf der 750 m Sohle. "Dieses Laugenvorkommen würde sich bei der Einlagerung hochaktiver Abfälle langfristig gesehen ebenfalls nachteilig auswirken" (Quelle: Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie- Eine Dokumentation der Bundesregierung, 1975, S.214 f).

* Erfolgswang für die Durchführung der Versuche: die Endlagerfähigkeit von Salz muß auf jeden Fall nachgewiesen werden, da die HAW-Kokillen nach Versuchsende in Gorleben endgelagert werden sollen.

* KEINE AKZEPTANZ der HAW-Versuche in der Bevölkerung: Unterschriftensammlungen mit mehreren Tausend Unterschriften gegen die Versuche, vollbesetzte Informationsveranstaltungen, Menschenkette um das Schachtgelände am 4.3.90 mit über 1500 Personen, GRÜNE und SPD gegen die Versuche, Gemeinderäte anliegender Gemeinden gegen die Versuche, bundesweite Anfragen von BürgerINNENinitiativen und Aktionsangebote gegen die Versuche und gegen die Transporte, neugegründete BürgerINNENinitiativen im Landkreis Wolfenbüttel: Aktion Atommüllfreie Asse (AAA) und Initiative Sickter BürgerINNEN gegen Atomanlagen, kirchliche Gruppen gegen die Versuche, wie z.B. Frieden Konkret in Wolfenbüttel, Thomasgemeinde.

ADRESSEN: AAA

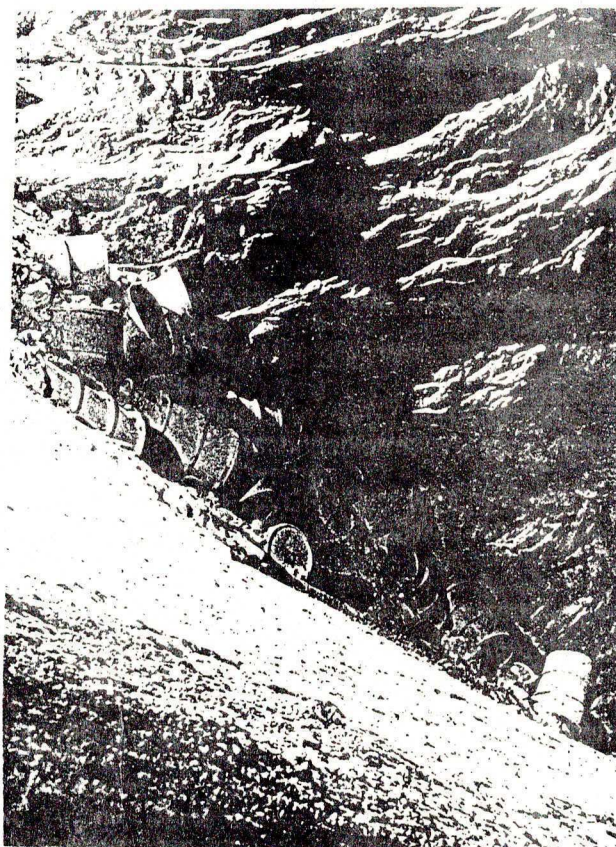
-hier können Unterschriftenformulare und ASSE-
INFOS angefordert werden.

Die GRÜNEN KREISVERBAND WOLFENBÜTTEL,
Holzmarkt 1, 3340 WF, (Mo,Mi,Fr
15-17.30).

QUELLEN zu den Angaben über die HAW-Versuche, soweit nicht im Text vermerkt: Antworten der *gsf* zum Öffentlichen Fragenkatalog der AG-Schacht-Konrad-März 1989; T.Rothfuchs-*gsf*-Institut f. Tief-lagerung: Versuchseinlagerung hochradioaktiver Abfälle im Salzbergwerk Asse, München 1987; Departement of Energy Washington-Antworten an Mr. Grainsy, Departement of Energy Oregon, Sept. (?) 1989;

Name und Anschrift der Verfasserin dieses Beitrags:
Helga Koslowsky,

-Kreistagsabgeordnete der
GRÜNEN Wolfenbüttel und aktiv in der AKTION
ATOMMÜLLFREIE ASSE AAA.



Gefahren und Risiken der HAW-Einlagerungen

Dipl.-Phys. S. Seehafer

I Daten zu den Versuchskokillen

1. Anzahl

30 (Angaben der gsf) bzw. 32 (Department of Energy, Washington)

2. Geometrie

zylindrische Behälter; Durchmesser außen: 29,85 cm;
Höhe außen: 115,4 cm; Durchmesser innen (Glaskörper):
28,25 cm; Befüllhöhe: 98,0 cm
Die Glaskokillen sind in einen Edelstahlmantel mit 0,8 cm
Wandstärke eingeschweißt.

3. Befüllung

je ca. 60 l Borosilicatglas, darin eingeschmolzen ein
Gemisch aus ^{137}Cs (Cäsium 137) und ^{90}Sr (Strontium 90).
Nach anfänglichen Planungsdaten der gsf keine α -Teilchen
emittierenden Actiniden (wie Thorium, Plutonium, Uran);
nach Angaben des BMFT vom Februar 1990 enthalten die 30
Kokillen insgesamt:

62,11	kg Cäsium 137
27,70	kg Strontium 90
79,1	kg Thorium 232
0,4	g Plutonium 238
40	g Plutonium 239
4	g Plutonium 240
0,7	g Plutonium 241
0,45	g Plutonium 242
0,025	g Uran 234
3	g Uran 235
0,2	g Uran 236
300	g Uran 238
2	g Americium 241
0.02	g Americium 242

4. Strahlenpotential

^{137}Cs ist ein starker Gamma-Strahler (harte Röntgenstrahlung hoher Reichweite). Allein die Radioaktivität dieses Materials beläuft sich auf über 200.000 Ci pro Kokille (zweihunderttausend Curie entsprechend $7,4 \times 10^{15}$ Becquerel, d.i. die Anzahl der pro Sekunde stattfindenden Zerfälle). Bereits eine Versuchsquelle hat mehr Radioaktivität als alle 126.000 bislang in den Schacht Asse II eingelagerten schwach- und mittelfradioaktiven Fässer. Die Halbwertszeit von ^{137}Cs beträgt ca. 30 Jahre; das bedeutet, daß erst nach etwa 460 Jahren oder etwa 15 Menschengenerationen eine Versuchskokille die gleiche Radioaktivität besitzt wie heute eines der bereits endgelagerten Fässer in der Asse.

^{90}Sr ist ein starker β -Strahler (Elektronenstrahlung). Auch dies ist ionisierende Strahlung, allerdings von wesentlich geringerer Reichweite (mehrere cm). Dieses Material dient der Einstellung einer Temperatur von 200 - 250 °C an der Kokillenoberfläche.

^{232}Th ist ein α -Strahler (kurze Reichweite) mit vergleichsweise geringer Aktivität (etwa 20 Cu pro Kokille), jedoch mit extrem hoher Halbwertszeit (14 Milliarden Jahre). Dieser Stoff ist Ausgangspunkt einer natürlichen Zerfallsreihe, in deren Verlauf auch andere Strahlenarten frei werden. ^{232}Th und ^{238}U sind Brutstoffe zur Herstellung von Kernbrennstoffen.

Insbesondere ^{239}Pu und ^{235}U werden als Kernbrennstoffe eingesetzt. Alle oben aufgeführten Uran-, Plutonium- und Americiumisotope sind α -Strahler mit hohen Halbwertszeiten.

II Zur Einlagerung

Die Versuchsquellen werden von der 800-m-Sohle aus in sechs Bohrlöcher abgesenkt. Dabei werden je fünf Kokillen in eine Bohrung eingelagert. Um die Rückholbarkeit zu gewährleisten, sind die Bohrungen verrohrt. So soll vermieden werden, daß das umgebende Salz die Kokillen umschließt, auch wenn dies eine Einschränkung echter Endlagerbedingungen beinhaltet. Die Einlagerungszeit soll fünf Jahre betragen; etwa ein weiteres Jahr ist für Nachuntersuchungen vorgesehen.

III Versuchsziele

Die Versuche dienen der Überprüfung des "vorliegenden Kenntnisstandes über die Einwirkung von radioaktiver Strahlung und der beim radioaktiven Zerfall entstehenden Wärme auf Salzgestein ... und Techniken zur Handhabung der Abfallgebinde ... Die Ergebnisse werden als Grundlage für die seine anschließende Errichtung und seinen späteren Betrieb dienen." (BMFT-Antwort vom 2.2.90 auf Kleine Anfrage von SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag). Es soll nicht die Eignung von Salzformationen als Einlagerungsmedium nachgewiesen werden, da das BMFT diese für nachgewiesen hält.

IV Risiken und Gefahren

1. Keine Routine

Bei dem HAW-Projekt handelt es sich um die erstmalige Erprobung einer neuen Technologie, für die es - zumindest was die Durchführung der Lagerung in Asse II angeht - keine Routine gibt; denn die soll ja erst erlangt werden. Aus diesem Umstand und der immens hohen Radioaktivität der Versuchskokillen leitet sich ein erhebliches Gefahrenpotential

ab. Insbesondere sollen während der Versuchseinlagerung erst "geeignete Meßmethoden bezüglich der Sicherheitsüberwachung eines Endlagers" entwickelt und erprobt werden (T. Rothfuchs in "Versuchseinlagerung hochradioaktiver Abfälle im Salzbergwerk Asse", Kerntechnik 50 (1987), 1). Daraus folgt, daß es diese Meßmethoden z. Zt. nicht gibt, eine sichere Lagerung also nicht möglich ist.

2. Radiolyse

In der gleichen Quelle schreibt T. Rothfuchs: "Es wurde sowohl bei Labor- als auch bei In-situ-Untersuchungen beobachtet, daß Steinsalz geringe Mengen an Wasser und Gasen enthält, die infolge der Wärmeentwicklung der hochradioaktiven Abfälle in das Bohrloch freigesetzt werden können. Zusätzlich können auch Gase durch die radiolytische Wirkung der Gamma-Strahlung - z.B. auf das im Steinsalz enthaltene Wasser - freigesetzt werden. Das Wasser und ebenso die Gase könnten zu einer unerwünschten Korrosion der Abfallbehälter und damit zu einer möglichen Freisetzung von radioaktivem Material aus der Abfallmatrix führen. Infolge des Kriechverhaltens des Steinsalzes wird der anfängliche Ringspalt zwischen Bohrlochwand und Abfallbehälter zukonvergieren und hierdurch ebenfalls zu einem Gasdruckanstieg - möglicherweise bis zum Frac-Druck - des Salzgebirges führen."

Radiolyse findet - begünstigt durch hohe Temperaturen und Drücke - auch im Steinsalz selber statt (Aufspaltung in Natrium und Chlor). Dieser Vorgang kann verschiedene mögliche Effekte mit sich bringen: a) die Zersetzung der Behälter, b) Freiwerden von Chlorgas, c) Rekombination von Na und Cl zu Salz unter heftiger Reaktion (vgl. z.B. E. Grimm in der Frankfurter Rundschau vom 31.1.1990).

3. Zur Standsicherheit

Wassersperrende Schichten oberhalb des Salzsattels trennen in der Asse das Grundwasser von den darunterliegenden Salzvorkommen. Aufgrund der mechanischen Eigenschaften des Salzes (Kriechen) haben auch fachmännisch angelegte und abgebaute Bergwerke keine unbegrenzte Lebensdauer. Durch Bewegung des Materials können Stollen und Kammern zum Einsturz kommen. Dieser Vorgang kann u.U. auch durch gebirgsmechanische Veränderungen aufgrund der Einlagerungen eintreten. Wenn sich dabei die wassersperrenden Schichten verlagern, tritt Grundwasser ein. Dies kann ein sehr plötzlicher Vorgang sein. Nach Punkt 2 geschädigte Behälter hätten dann unweigerlich das sofortige Eintreten der radioaktiven Nuklide, die ja zudem auch chemisch toxisch sind, in die Biosphäre zur Folge. Auch Laugenkammern, die in den meisten Salzlagern natürlich vorkommen, stellen eine Gefährdung durch Wasser dar.

Der Schacht Asse I ist 1906 durch Wassereinbruch "abgesoffen", Asse III ist nach seiner Stilllegung 1925 infolge mangelnder Wartung von oben mit Wasser vollgelaufen. Auch wenn z. Zt. Asse II genau beobachtet und kontrolliert wird, können wir in Anbetracht der z.T. enormen Abklingzeiten für radioaktive Strahlung nicht wissen, ob künftige Generationen die Anlage lückenlos überwachen und warten werden und

ob sie überhaupt von einem möglichen Lager für radioaktive Substanzen wissen. Wir müssen uns dieser Gefahr bei der Endlagerung von Atommüll in Salz bewußt sein! In den USA ist bereits ein Versuchslager in einem Salzstock aufgrund mangelnder Standsicherheit aufgegeben worden.

4. Ungeklärte Endlagerung

Trotz der Begrenzung des HAW-Einlagerungen auf fünf Jahre läßt sich das Versuchsprogramm nicht von der eigentlichen Endlagerproblematik trennen. Denn nach Ablauf der Versuche bzw. nach deren Abbruch bei einem eventuellen Störfall müssen die Kokillen als Atommüll weitergelagert werden. Die GSF hat einen Antrag auf Genehmigung einer oberirdischen Zwischenlagerung auf dem Schachtgelände gestellt. Da z.Zt. nicht klar ist, wohin diese Abfälle verbracht werden sollen, geht von ihnen auf unbestimmte Zeit ein weiteres Gefahrenpotential aus.

5. Gefahr der Mißdeutung

Es besteht die Gefahr einer trügerischen Sicherheit nach Beendigung der Versuche, weil aus ihnen möglicherweise die gefahrlose Endlagerfähigkeit in Salz abgeleitet werden wird. Dabei dienen die Experimente nur der Erprobung der Technologie unter der Voraussetzung, daß Salz ein geeignetes Medium ist. Effekte wie das Herauslösen radioaktiver Substanzen aus dem Borosilikatglas bleiben u.U. nur deshalb aus, weil aufgrund der Verrohrung der Kokillen mit Edelstahl eine zusätzliche Schutzbarriere vorhanden ist, die in fünf Jahren nicht durchkorrodiert. Die gemessen an den radioaktiven Abklingzeiten kurze Versuchsdauer läßt ohnehin Zweifel an der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf eine Langzeitlagerung für möglicherweise viele tausend Jahre, zumal dann nicht mehr die Möglichkeit einer Rückholbarkeit gegeben ist.

V. Zusammenfassung

Bei den für das HAW-Projekt vorgesehenen Kokillen handelt es sich um Proben, die in ihrer Radioaktivität gewöhnlichen Atommüll übertreffen und Anteile spaltbaren Materials enthalten.

Daraus leitet sich ein nicht zu vernachlässigendes Betriebsrisiko für die Versuche ab. Dies betrifft zum einen den Umgang mit den Proben und zum anderen die Lagerung, bei der der Einfluß von Radiolyse zur Freisetzung von Gasen, unvorhersehbaren Reaktionen und gebirgsmechanischen Veränderungen führen kann. Als GAU ist ein Wassereintritt mit Eindringen der Nuklide in die Biosphäre und deren radioaktiver und chemischer Kontamination anzunehmen.

Mit dem Versuch einher geht die ungeklärte Frage der Endlagerung der Kokillen. Dadurch, daß die Festlegung auf Salz als Endlagermedium bereits erfolgt ist, kommen noch die Probleme mit der Langzeitstandfestigkeit hinzu.

Für HAW - Versuche in ASSE II Genehmigungsver-
fahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erforder-
lich

In der ASSE lagern heute ca. 130.000 Fässer schwach- und mittelaktiven Mülls, darunter ca. 24 kg Plutonium. Die Genehmigungen dafür sind vom Bergamt Goslar und von der PTB ohne Beteiligung der Öffentlichkeit - nach den damals geltenden Gesetzen zu Recht - erteilt worden.

Auch für die geplante fünfjährige Einlagerung von 30 hochradioaktiven Kokillen, die mindestens das 300-fache des radioaktiven Inventars besitzen, welches bislang in ASSE II eingefahren wurde, hat die GSF in Abstimmung mit der Bundesregierung einen Genehmigungsantrag nach § 3 der Strahlenschutzverordnung (SSVO) gestellt. An diesem Verfahren sind die betroffenen Bürger ebenfalls nicht beteiligt. Das wäre selbst dann der Fall, wenn der Antrag nach § 9 des Atomgesetzes (AtG) für eine sog. "Umgangsgenehmigung" gestellt würde, wie derzeit erwogen wird.

Seit dem 1. November 1989 hat sich die Rechtslage aber in einem für die Versuche entscheidenden Punkt geändert: § 6 Abs.3 AtG sieht u.a. für die Aufbewahrung von "verfestigten hochradioaktiven Spaltproduktlösungen aus der Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe außerhalb der staatlichen Verwahrung" eine Genehmigung mit einem Anhörungsverfahren vor. Dies bedeutet, daß vor einer Genehmigung, wie vielleicht noch aus Wackersdorf bekannt, die Pläne 2 Monate öffentlich ausgelegt werden müssen, daß jeder, der sich betroffen fühlt, und auch die Kommunen Einwendungen erheben können, die dann in einem Erörterungstermin behandelt werden müssen. Der Inhalt der 30 Glaskokillen erfüllt die Voraussetzungen des § 6 Abs.3 AtG, wie wir inzwischen aus einer Anfrage im Bundestag wissen, ist das Überwiegendend aus Cäsium und Strontium bestehende Gemisch als "Kernbrennstoff" zu behandeln, denn der Anteil von Plutonium 239 und 241 sowie Uran 233 und 235 liegt mit ca. 27g pro 100 kg weit über dem dafür gebildeten Grenzwert (§ 2 Abs.2 SSVO).

Bei der Durchführung der geplanten Versuche in ASSE II sind die 30 Kokillen zwangsläufig im Steinsalz "aufzubewahren". Normalerweise umfaßt daher eine Umgangsgenehmigung auch die Genehmigung für die betriebsbedingte Aufbewahrung. Wenn der Gesetzgeber jedoch für die Aufbewahrungsgenehmigung ein strengeres Verfahren vorschreibt, muß die mit den Versuchen verbundene Aufbewahrung in einem eigenen Verfahren (nach § 6 Abs.3 AtG) genehmigt werden.

Es ist zu vermuten, daß die Bundesregierung dieses Problem frühzeitig erkannt und versucht hat, bei der Neufassung der SSVO durch einen Einschub an versteckter Stelle dem entgegenzuwirken. Nach der Anlage I zu § 2 Abs.1 SSVO gibt es keinen Grenzwert, oberhalb dessen Gemische radioaktiver Stoffe als "Kernbrennstoffe" gelten, "für die Lagerung kernbrennstoffhaltiger Abfälle zu Zwecken der Endlagerforschung (Versuchseinlagerung) in dafür notwendigen Mengen."

Dieser gesetzgeberische Trick funktioniert jedoch nicht, auch wenn die Vorschrift ausschließlich auf ASSE II zugeschnitten ist. Dies macht auch in Bonn Kopfzerbrechen. Die in der genannten Definition enthaltene Privilegierung griffe nur, wenn die Glaskokillen Abfall enthielten, sie also nicht genutzt, sondern geordnet beseitigt werden müßten. Gerade das ist zumindest während der Versuchsphase aber nicht der Fall. Die Kokillen sind im Auftrag der Bundesregierung für 40 mio. DM eigens in den USA hergestellt worden, mit ihnen sollen wissenschaftliche Versuche durchgeführt werden. Es handelt sich - noch - um ein "Wirtschaftsgut", was seitens der Bundesregierung (Anfrage vom 4.10.1989) und von Niedersachsens Umweltminister Remmers (Anfrage vom 26.10.1989) bestätigt wird.

Zusammengefaßt:

Da der Inhalt der hochaktiven Kokillen als "Kernbrennstoff" einzuordnen ist, muß für ihre untertägige Lagerung während der Versuchsphase gem § 6 Abs.3 AtG ein Genehmigungsver-

fahren unter Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit durchzuführen. Auch von einem neutralen Standpunkt aus kann man den Verantwortlichen dazu nur raten, dieses Verfahren einzuleiten. Es würde die Versuch deutlich mehr verzögern, wenn erst ein Gericht die Genehmigung allein deswegen aufheben müßte, weil das falsche Verfahren gewählt worden ist. Dann wäre noch mal ganz von vorn zu beginnen.

Oberirdische Lagerung auf dem Schachtgelände

Damit sind die Probleme für die GSF aber noch nicht zu Ende. Da nicht rechtlich gesichert ist, daß die Kokillen nach Beendigung oder bei vorzeitigem Abbruch der Versuche wie geplant in das Transportbehälterlager in Gorleben gebracht werden können, hat die GSF einen Antrag auf Genehmigung einer oberirdischen Zwischenlagerung (= Aufbewahrung) auf dem Schachtgelände gestellt. Auch hier wird der Weg über § 3 SSVD gegangen, um eine Beteiligung der Öffentlichkeit auszuschließen. Diese Vorschrift ist jedoch nicht anwendbar, weil der Inhalt der Kokillen als "Kernbrennstoff" euzuordnen ist, auch wenn es sich nach Versuchsende dabei um "kernbrennstoffhaltigen Abfall" handelt. Die erwähnte Privilegierung für Versuche mit solchen Abfällen greift nach deren Abschluß nicht mehr ein.

Das bedeutet, daß auch für die Genehmigung zur oberirdischen Lagerung der Kokillen ein Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 3 AtG unter Beteiligung der betroffenen Bürger und Kommunen durchgeführt werden muß.

Änderung Atomgesetz:

1. In § 6 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Sollen außerhalb der staatlichen Verwahrung Kernbrennstoffe in Form von bestrahlten Kernbrennstoffen oder verfestigten hochradioaktiven Spaltproduktlösungen aus der Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe aufbewahrt werden, ist vor der Entscheidung über eine Genehmigung nach Absatz 1 ein Anhörungsverfahren durchzuführen, soweit es sich nicht um eine genehmigungsbedürftige Aufbewahrung nach Absatz 1 im Zusammenhang mit einer genehmigten Beförderung handelt. Die Vorschriften der Rechtsverordnung nach § 7 Abs. 4 Satz 3 über die Bekanntmachung des Vorhabens und des Erörterungstermins und die Auslegung von Antragsunterlagen, die Erhebung von Einwendungen, die Durchführung des Erörterungstermins und die Zustellung der Entscheidungen gelten entsprechend.“

(2) Für die Anwendung von Genehmigungsvorschriften nach dieser Verordnung gelten Gemische, die Kernbrennstoffe und sonstige radioaktive Stoffe enthalten, als sonstige radioaktive Stoffe, wenn der auf die Isotope U-233, U-235, Pu-239, Pu-241 entfallende Anteil der spezifischen Aktivität, gemittelt über höchstens 100 kg des Gemisches, weniger als 100 Becquerel je Gramm beträgt und die Masse des Anteils dieser Isotope ein Hunderttausendstel der Gesamtmasse des Gemisches nicht überschreitet.

§ 3

Genehmigungsbedürftiger Umgang

(1) Wer mit sonstigen radioaktiven Stoffen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 des Atomgesetzes) umgeht oder kernbrennstoffhaltige Abfälle lagert, bearbeitet oder beseitigt, bedarf der Genehmigung.

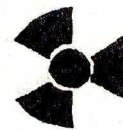
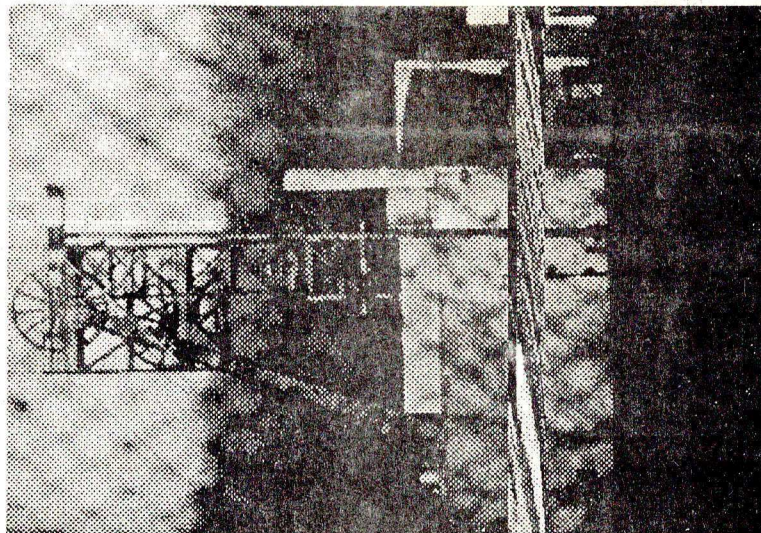
AKTION ATOMMÜLLFREIE ASSE

ASSE INFO

Unter diesem Namen hat sich eine Gruppe aus bereits bestehenden Initiativen sowie von unabhängigen Bürgerinnen und Bürgern aus Wolfenbüttel und seinem Umland im Dezember 1989 zusammengeschlossen. Die Aktionsgemeinschaft möchte mit Informationsmaterial, Informationsständen, öffentlichen Veranstaltungen und anderen Aktivitäten auf die Probleme aufmerksam machen, die die bereits erfolgten Einlagerungen und die geplanten Tests mit hochaktiven Substanzen für die Region verursachen. Darüberhinaus tritt die Aktionsgemeinschaft gegen eine weitere Nutzung der Asse als atomares Endlager ein. Folgende Gruppierungen arbeiten in der AAA mit: Bund f. Umwelt und Naturschutz, Wolfenbüttel; Deutscher Bund f. Vogelschutz, Kreis Wolfenbüttel; DIE GRÜNEN, Wolfenbüttel; Frieden Konkret; SPD-Arbeitsgemeinschaft f. Arbeitnehmerfragen; Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD; Initiative GEGEN KERNKRAFT WAS TUN

Treffpunkt jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat in 3340 WF in der Kommissie (2.OG) um 20 Uhr; weitere Informationen:

Margret Toepper,
Manfred Kracht,



Menschenkette um den Asseschacht

aus Anlaß des Friedenskonzils
in Seoul (4.-11.3.90)
Initiator: Ökumenisches Netz

4.3.1990, 15 Uhr

V.i.S.d.P. Manfred Kracht,

AUFRUF gegen hochradioaktiven Atommüll in der Asse

Ich wende mich gegen die geplante Einlagerung von 30 hochradioaktiven Glaskokillen im ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel, weil:

- die Versuche nicht erforderlich sind. In allen anderen Ländern ist die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Salz als ungeeignet erkannt und aufgegeben worden.
- der Transport um die halbe Welt und zweimal quer durch die Bundesrepublik unter Umgehung der internationalen Kontrolle eine Vielzahl von Menschen gefährdet.
- das Grubengebäude von Asse II keine ausreichende Standsicherheit bietet. Selbst die GSF als Betreiber hält die Asse zur Lagerung von hochradioaktivem Atommüll für ungeeignet.
- die Kokillen z.B. bei Wassereinbruch nicht rückholbar wären und dann mit einem Eintritt von Radionukliden in die Biosphäre gerechnet werden muß.
- die brisanten Strahlenquellen nach Abbruch oder Beendigung des Versuchs möglicherweise für einen unabsehbaren Zeitraum auf dem Schachtgelände zwischengelagert werden sollen.
- der endgültige Verbleib des strahlenden Mülls bisher völlig ungeklärt ist.
- die Bundesregierung die betroffenen Bürger nicht an dem Genehmigungsverfahren beteiligen will und damit u.a. gegen § 6, Abs. III des Atomgesetzes verstößt.
- dafür 40 Millionen DM - auch von meinen Steuergeldern - sinnlos verschwendet werden.

Ich fordere alle Politiker der Kreis-, Landes- und Bundesebene und die verantwortlichen Behörden auf, die geplanten Versuche mit dem hochaktiven Müll zu verhindern.

AUFRUF gegen hochradioaktiven Atommüll in der Asse

=====

Ich wende mich gegen die geplante Einlagerung von 30 hochradioaktiven Glaskokillen im ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel, weil:

- die Versuche nicht erforderlich sind. Weltweit ist die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Salz als ungeeignet erkannt worden.
- der Transport um die halbe Welt und zweimal quer durch die Bundesrepublik unter Umgehung der internationalen Kontrolle eine Vielzahl von Menschen gefährdet.
- das Grubengebäude von Asse II keine ausreichende Standsicherheit bietet. Selbst die GSF als Betreiber hält die Asse zur Lagerung von hochradioaktivem Atommüll für ungeeignet.
- die Kokillen z.B. bei Wassereinbruch nicht rückholbar wären und dann mit einem Eintritt von Radionukliden in die Biosphäre gerechnet werden muß.
- die brennenden Strahlenquellen nach Abbruch oder Beendigung des Versuchs möglicherweise für einen unabsehbaren Zeitraum auf dem Schachtgelände zwischengelagert werden sollen.
- der endgültige Verbleib des strahlenden Mülls bisher völlig ungeklärt ist.
- die Bundesregierung die betroffenen Bürger nicht an dem Genehmigungsverfahren beteiligen will und damit u.a. gegen § 6, Abs. III des Atomgesetzes verstößt.
- dafür 40 Millionen DM - auch von meinen Steuergeldern - sinnlos verschwendet werden.

Ich fordere alle Politiker der Kreis-, Landes- und Bundesebene und die verantwortlichen Behörden auf, die geplanten Versuche mit dem hochaktiven Müll zu verhindern.

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

1)		
2)		
3)		
4)		
5)		
6)		
7)		
8)		
9)		
10)		
11)		
12)		
13)		
14)		
15)		
16)		
17)		
18)		
19)		
20)		
21)		
22)		
23)		
24)		

Unterstützerkreis: AKTION ATOMMÜLLFREIE ASSE, Wolfenbüttel; Bund f. Umwelt und Naturschutz, Wolfenbüttel; Deutscher Bund f. Vogelschutz, Kreis Wolfenbüttel; DIE GRÜNEN, Wolfenbüttel; Frieden Konkret; SPD-Arbeitsgemeinschaft f. Arbeitnehmerfragen; Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD; Initiative GEGEN KERNKRAFT WAS TUN

Übersenden an: Margret Toepfer, [REDACTED]

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
1)		
2)		
3)		
4)		
5)		

Unterstützerkreis: AKTION ATOMMÜLLFREIE ASSE, Wolfenbüttel; Bund f. Umwelt und Naturschutz, Wolfenbüttel; Deutscher Bund f. Vogelschutz, Kreis Wolfenbüttel; DIE GRÜNEN, Wolfenbüttel; Frieden Konkret; SPD-Arbeitsgemeinschaft f. Arbeitnehmerfragen; Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD; Initiative GEGEN KERNKRAFT WAS TUN

Übersenden an: Margret Toepfer, [REDACTED]

Ozean in die Bundesrepublik transportiert werden und hier über Hamburg nach Karlsruhe und von dort nach Wolfenbüttel gebracht werden, um in der Asse eingelagert zu werden.

Die Versuche sollen belegen, daß auch hochradioaktive Stoffe in Salzformationen gelagert werden können. Derartige Untersuchungen in anderen Ländern haben bisher stets zu - für die Atomindustrie - negativen Ergebnissen geführt. In den USA gilt die Endlagerung im Salz längst als "out". Die 40 Millionen Mark (!), die an eine Atombombenfabrik in den USA gezahlt werden, sind sinnlos verschleuderte Steuergelder, zumal der hochradioaktive Atomüll nach den 5 Versuchsjahren nicht weiterverwendet werden kann und von den Amerikanern auch nicht zurückgenommen wird. Eine Endlagermöglichkeit für diesen hochaktiven Müll gibt es in absehbarer Zeit nicht, sie soll durch die geplanten Versuche vielmehr erst erforscht werden. Von wissenschaftlicher Seite gibt es begründete Zweifel an der Standsicherheit des Grubengebäudes; immer wieder kommt es zu Laugeneinbrüchen. Nach Ende oder bei vorzeitigem Abbruch der Versuche sollen die Kokillen auf dem Schachtgelände oberirdisch aufbewahrt werden, bis sie in ein anderes Lager aufgenommen werden können. Für die geplante oberirdische Zwischenlagerung ist ebenso wie für die Versuche selbst nach der Neufassung des Atomgesetzes ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich, was die GSF und die Bundesregierung offenbar umgehen wollen. Die Öffentlichkeit soll wieder einmal übergangen werden, obwohl das radioaktive Inventar ein Vielfaches der Aktivität der schon eingelagerten 126.000 Fässer betragen würde und in der Größenordnung des gesamten für Schacht Konrad vorgesehenen Atommülls läge.

Angesichts der vielen ungeklärten Fragen hinsichtlich des Transports, der Standsicherheit von Asse II, der Übertragbarkeit der Versuche auf den Salzstock in Gorleben, sowie der zahlreichen juristischen Probleme, drängt sich immer mehr der Verdacht auf, daß die Bundesrepublik - und speziell Niedersachsen mit Gorleben, Konrad und Asse - als Endlagerstandort im Rahmen eines noch geheimen europäischen Gesamtkonzepts längst feststeht, so daß alle vorgebrachten begründeten Bedenken vom Tisch gewischt werden.

Es hat den Anschein, daß die Versuche insbesondere deshalb notwendig sind, um die - bisher bereits sehr fragliche - Eignung von Gorleben als Endlager zu beweisen, da sich die Atomindustrie immer mehr einem akuten "Entsorgungsnotstand" nähert und damit richterlich verfügte Stilllegungen von Atomkraftwerken drohen.

Stationen zum atomaren Endlager Asse II

1965

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) erwirbt im Auftrag der Bundesrepublik das ehemalige Salzbergwerk Asse, um dort Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle durchzuführen.

April 1967 bis Ende 1978

Als Versuch deklariert werden insgesamt 125.000 Fässer mit schwachaktiven Stoffen in der Asse eingelagert, davon allein in den 2 Jahren bis zum Ende der Genehmigung 52.000 Fässer - das ist der gesamte in dieser Zeit in der Bundesrepublik angefallene schwachaktive Atomüll.

Sept. 1972 bis März 1977

1.300 Behälter mit mittelaktivem Abfall werden zusätzlich eingelagert, insgesamt also mehr als 126.000 Fässer in die Asse verbracht. Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß in diesem Abfall auch 23 kg hochgiftiges Plutonium ist.

Von 1978 bis heute

Das Bergwerk wird ausgebaut. In der Asse wird geforscht, entwickelt und erprobt!

Asse = Alternative zu Gorleben und Konrad ?

Im "Bericht der Bundesregierung zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Einrichtungen" von 1988 steht: "... wird die Bundesregierung unterscheiden, ob ggf. auch eine Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Asse angestrebt werden soll." Dazu paßt, daß aus einer Bundestagsanfrage der GRÜNEN vom Oktober 89 hervorgeht, daß demnächst ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren für Asse II eingeleitet werden soll.

Die Asse dient offenbar als Alternative zu Gorleben und Schacht Konrad.

Die Versuche mit dem 40 Millionen Mark teuren US-Atomüll

In den nächsten Wochen sollen 30 hochradioaktive Quellen quer durch Amerika (im Bundesstaat Oregon nur unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen !), über den

(einstimmig angenommen)

Die Resolution verurteilt die Verschiffung von hochradioaktiven Abfällen durch Seattle oder den Hafen von Seattle in die Bundesrepublik Deutschland,

- weil, das US amerikanische Energieministerium (DOE) bereits angekündigt hat, die Verschiffung hochradioaktiver Abfälle von der Atomanlage in Hanford über die Stadt und den Hafen von Seattle in die Bundesrepublik vornehmen zu wollen; und
- weil die für Straße, Hafen und Rettungsdienste zuständigen Behörden weder ausgerüstet sind, noch das Personal ausgebildet ist mit einem Unfall, in den hochradioaktives Material involviert ist, umzugehen; und
- weil bei einem Entweichen von Radioaktivität im Großraum von Seattle mit katastrophalen umweltrelevanten, ökonomischen und gesundheitlichen Auswirkungen auf Land und Wasser, und die Bewohner unserer Stadt zu rechnen ist; und
- weil die Hafengewerkschaft 1986 einmütig zu dem auch heute noch stark unterstützten Entschluß kam, den Umgang mit radioaktiven Materialien, wegen der ihnen eigenen Risiken für ihre Gewerkschaftsmitglieder, abzulehnen.

Der Rat der Stadt Seattle kommt zu folgendem Schluß:

1. Hiermit verurteilen die Mitglieder des Rates die Verschiffung hochradioaktiver Abfälle durch die Stadt und über den Hafen Seattle in die Bundesrepublik Deutschland.
2. Hiermit bittet der Rat die zuständigen Behördenvertreter des Hafens, der Stadt und des Landes die Verschiffung zu verhindern.
3. Die Kongreßabgeordneten des Staates sowie der Gouverneur müssen umgehend von der Entscheidung des Rates in Kenntnis gesetzt werden.

Wassereintrich in Versuchsendlager Asse II ist nicht auszuschließen

Hamburg (taz) — Im Versuchsendlager für Atomabfälle, dem Salzbergwerk Asse II bei Salzgitter, ist ein Wassereintrich nicht auszuschließen. In einem jetzt bekanntgewordenen Schreiben des Leiters der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), Dr. Kühn, heißt es wörtlich: „Der Fall der Notrückholung infolge eines Ersauens der Asse oder Verformung der Verrohrung kurz nach Beginn der Einlagerung dürfte gutachterlich nicht völlig auszuschließen sein.“ Die GSF führt seit Jahren in der Asse im Auftrag der Bundesregierung Versuche für ein Endlager durch.

Damit räumen die Regierung und die bundeseigene GSF erstmals ein, was AtomkraftgegnerInnen seit Jah-

ren befürchten: Es besteht die Gefahr eines Wassereintrichs. Durch die bereits rund 125.000 Fässer mit schwach- und mittelaktivem Atom- müll, die in der Asse „versuchsweise endgelagert“ wurden, könnte ein solcher Wassereintrich zur radioaktiven Verseuchung des Grundwassers führen.

Für Anfang nächsten Jahres plant die GSF die Einlagerung von hochradioaktiven Glaskokillen, die eigens für diesen Zweck für 40 Millionen DM in den USA hergestellt wurden und doppelt so radioaktiv sind wie herkömmlicher Atom- müll. GSF und Bundesregierung erwarten von diesen Versuchen Aufschluß über die Eignung von Salz als Endlagermedium.

Dirk Seifert

Internationale Hafenarbeitergewerkschaft, [REDACTED]
Seattle, WA 98134, USA

20

Gewerkschaftsbezirk 19
[REDACTED] (Präsident)
[REDACTED] (Sekretär
und Schatzmeister)

[REDACTED] (Geschäftsführer)
Schreiben vom 22. Februar 1990 an:

[REDACTED]
Stadtrat von Seattle
600- 4th Avenue
Seattle, WA 98104
eingegangen am 23. Februar 1990

Betrifft: Geplante Verschiffung von hochradioaktiven Abfällen von
Hanford über den Hafen von Seattle

Sehr geehrte Frau Stadtverordnete [REDACTED]

Der ILWU Gewerkschaftsbezirk 19 in Seattle unterstützt die von
ihnen eingebrachte Resolution zur Verurteilung und Verhinderung
der geplanten Verschiffung von hochradioaktiven Abfällen durch
unsere Stadt und über unseren Hafen.

In Übereinstimmung mit der Resolution werden wir gewerkschaftliche
Aktionen planen. Beim ILWU Gererkschaftstreffen im März werden wir
die Resolution zur Unterstützung vorlegen und alle Delegationen
der Westküstenregionen aufrufen, notwendige und angemessene
Aktionen einzuleiten.

Wir bedanken uns für ihren Anruf und ihre Aufmerksamkeit bezüglich
dieser schwerwiegenden Gefährdung, die die Bevölkerung unseres
Staates und die Bewohner unserer Stadt bedroht.

Wir bedanken uns bei Ihnen, daß Sie dieses Thema federführend im
Stadtrat eingebracht haben.

Hochachtungsvoll
ILWU Ortsgruppe 19

gez. [REDACTED]
Präsident

[REDACTED]
Sekretär und Schatzmeister

zur Kenntnisnahme an: [REDACTED]

P.S.: Diese Resolution wurde im März 1990 auf der Westküstenkonferenz
der Hafenarbeitergewerkschaft angenommen.



„Heiße Ware“ auf Wartehalde

Wolfenbüttel (neu). Zu einem Informationsabend hatte am Mittwochabend die „Aktion Atommüllfreie Asse“ (AAA) eingeladen. Hauptthema war die geplante Versuchseinslagerung 30 hochradioaktiver Glaskokillen, die in Amerika auf ihre Reise über die Meere und durch die gesamte Bundesrepublik warten. Ein Transport,

der Atomkraftgegnern heiße Schauer über den Rücken jagt — handelt es sich bei den Kokillen doch um das heisseste, was in Sachen Radioaktivität auf große Fahrt gehen kann: Jeder dieser Glaskörper besitzt die doppelte Strahlung und Wärme wie abgebrannte Brennstäbe. Eine Zeltbombe auf Kreuzfahrt. Ziel: Landkreis Wolfenbüttel.

Lilo Wollny, Bundestagsabgeordnete der Grünen, erklärte am Mittwoch den „Sinn“ der Kokillen. „Anhand der radioaktiven Körper soll die Einlagerung stark strahlenden Materials in Salz erprobt werden.“ Das Problem: Die Amerikaner sind wie die meisten anderen Länder längst von der Idee der Salzteinlagerung abgekommen. Wirklich interessant ist der Versuch auch für die Bundesrepublik nur noch hinsichtlich der Einschmelzung hochradioaktiver Stoffe in Glas.

Kosten wird der gesamte Versuch etwa 187 Millionen, dazu kommen noch nicht unbeträchtliche Summe für die Fachbetreuung und Aufbewahrung der Kokillen in Amerika, denn:

„Unser“ Kunstmüll ist bereits seit gut zwei Jahren fertig und liegt in Hanford auf Wartehalde.

In der Bundesrepublik macht man sich augenscheinlich über die Gefahrgutlieferung wenig Kopfzerbrechen. „Ein Transport wie jeder andere“, so die GSF (Betreibergesellschaft von Asse II). Der Haken: Die Amerikaner wollen nicht so ganz mit-

ziehen. Nachdem sich der Staat Oregon erfolgreich gegen die Verschiffung im Hafen von Portland gewehrt hat, im Alternativhafen Seattle die Bürger und der Stadtrat auf die Barrikaden gingen und anschließend die Hafengewerkschaft an der ganzen Westküste den Umgang

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung von Seite 1

ihrer Mitglieder mit radioaktivem Material verweigerte, warten die Kokillen jetzt erstmal wieder in Hanford auf grünes Licht.

Die Reise der „heißen Ware“ ist nicht nur eine unendliche, sondern auch eine undurchdachte Geschichte. Für die Container, in die man die Kokillen in Asse II einschließen will, gibt es in Amerika keine Genehmigung — die Behälter aus den USA passen jedoch im Asse-schacht „nicht durchs Tor“. Die Konsequenz: Die Strahlungskörper müssen in einer heißen Zelle umgeben werden, die aber gibt es nur in Karlsruhe. Von dort aus treten die Kokillen dann die lange Fahrt durch die Bundesrepublik an, deren Katastrophenschutzseinheiten bisher jedoch kaum auf diesen Horror-

Das Beispiel Wolfenbüttel spricht hier für sich: Niemand fühlt sich im Landkreis, der eigentlich die zuständige Katastrophenschutzbehörde ist, verantwortlich für die Einreise der heißen Ware. Die sei Sache der Transportfirma, so die Antwort auf eine Anfrage der AAA.

Der Katastrophenschutz im Landkreis ist geradezu eine Farce: Bei der Feuerwehr fängt man jetzt gerade an, ABC-Züge aufzubauen; beim THW ist man im Ernstfall gerade in der Lage, das verseuchte Gebiet zu markieren und sich anschließend selbst zu entgiften.

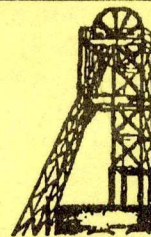
Gründe gibt es also genug für die neue Landesregierung, ihre Genehmigung zur Einfuhr der Kokillen zu verweigern, denn: Zwar haben wir unseren Atommüll schon bezahlt, eine Abnahmepflicht besteht jedoch keineswegs. Wie schön ...

Wolfenbüttel
am Sonntag
vom 17.6.90



AKTION ATOMMÜLLFREIE ASSE

Kontakt: Rolf Stein, [REDACTED]



Bund f. Umwelt und Naturschutz, Wolfenbüttel; Deutscher Bund f. Vogelschutz, Kreis Wolfenbüttel; DIE GRÜNEN, Wolfenbüttel; Frieden Konkret; SPD-Arbeitsgemeinschaft f. Arbeitnehmerfragen; Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD; Initiative GEGEN KERNKRAFT WAS TUN; AKTION ATOMMÜLLFREIE ASSE

